

Staatsverschuldung und Konsolidierung.....	575
Vorübergehend kein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion	
Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das dritte Quartal 1983	581

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47/83

Berlin

24. November 1983

50. Jahrgang

Staatsverschuldung und Konsolidierung

Stiglitz

Gegenwärtig versucht die Regierung, die Staatsverschuldung durch Ausgabenkürzungen zu begrenzen. Sie belastet damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Diese Politik steht im Gegensatz zum Verhalten bis zum Jahr 1981. In der wachstumsschwachen Phase seit 1974 hat der Staat zunächst über zusätzliche Ausgaben und Einnahmeverzichte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt; zugleich wurde die öffentliche Verschuldung zum Gegenposten der von der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr aufgenommenen privaten Ersparnisse. Auch derzeit ist die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte weitaus höher als der Kreditbedarf der Unternehmen. Im folgenden werden die Entwicklung des Staatshaushalts (ohne Sozialversicherung) und der öffentlichen Verschuldung im Zeitraum 1950 bis 1982 analysiert.

Als Orientierungsrahmen dienen die zusammengefaßten Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes über die Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Angaben aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Für die 50er Jahre waren ergänzende Berechnungen erforderlich, um vergleichbare Daten für die Zeit seit 1950 zu erhalten.

Einnahmen und Ausgaben sind gegliedert in eine „Haushaltsrechnung“ und eine „Finanzierungsrechnung“¹. Die Haushaltsrechnung umfaßt alle Einnahmen und Ausgaben, die nicht unmittelbar mit der Verschuldung und Darlehensgewährung zusammenhängen. Einbezogen sind also z.B. die Einnahmen aus Gebühren (Verkäufe von Verwaltungsleistungen) und die Ausgaben für Investitionen, ausgegliedert wurden die Einnahmen aus Schuldenaufnahme und die Ausgaben für Zinsen, Tilgungen und Darlehen.

Diese ausgegliederten Beträge sind die Komponenten der Finanzierungsrechnung. Dem Saldo der Haushaltsrechnung stehen in der Finanzierungsrechnung die Nettoeinnahmen aus Verschuldung gegenüber. Der Saldo aus Neuverschuldung (Kreditaufnahme abzüglich Tilgungen) und Ausgaben für Schuldzinsen verdeutlicht, welche Beträge aus der Verschuldung zusätzlich — über die „laufenden“ Einnahmen hinaus

— verfügbar gewesen sind. Die Gliederung zielt auf den Aspekt ab, daß der Haushalt ausgeglichen ist, wenn die „laufenden“ Einnahmen die Ausgaben für Transferzahlungen, Personalkosten sowie Käufe von Gütern und Diensten decken.

Zu erwähnen bleibt im Rahmen der Finanzierungsrechnung der mit „Nettoausgaben für Darlehen u.a.“ bezeichnete Restposten. Er unterliegt von Jahr zu Jahr zwar starken Schwankungen — weitgehend Fol-

¹ Die „Haushaltsrechnung“ umfaßt — zusammengestellt aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — alle Einnahmen der Gebietskörperschaften aus Steuern, Gebühren und Vermögenseinkommen und die Ausgaben für Transferzahlungen, Personalausgaben und Käufe von Gütern und Diensten (einschließlich Investitionen). Die Ausgaben für Schuldzinsen sind in der „Finanzierungsrechnung“ den Einnahmen aus Verschuldung gegenübergestellt worden. Diese betrugen 1950 bis 1982 kumuliert 574 Mrd. DM. Zuzüglich rund 1 Mrd. DM Neuverschuldung vor 1950 und 40 Mrd. DM Altschulden ergibt sich der Schuldenbestand der Gebietskörperschaften von 615 Mrd. DM Ende 1982 (Vgl. „Verschuldung der öffentlichen Haushalte“ in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank). Die „Nettoausgaben für Darlehen u.a.“ sind in der Finanzierungsrechnung ein Restposten. Die Netto-Neuverschuldung (Verschuldung abzüglich Darlehen u.a.) entspricht dem Finanzierungssaldo in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der sich ebenfalls ergibt, wenn dem Saldo der Haushaltsrechnung die Zinsausgaben zugeschlagen werden (z.B. Finanzierungsdefizit 1982 in Mrd. DM: $69,0 - 6,1 = 62,9$ und $19,6 + 43,3 = 62,9$).

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften
in Mrd. DM

	Haushaltsrechnung			Finanzierungsrechnung			
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Nettoverschuldung	Zinsausgaben	Saldo	Ausgaben für Darlehen
1950	25,1	24,8	0,3	1,2	0,6	0,6	0,9
1951	32,2	29,6	2,6	0,7	0,7	0	2,6
1952	39,0	34,4	4,6	0	0,8	-0,8	3,8
1953	42,8	37,4	5,4	1,9	0,9	1,0	6,4
1954	45,5	40,1	5,4	1,3	1,3	0	5,4
1950/54	184,6	166,3	18,3	5,1	4,3	0,8	19,1
1955	50,4	43,6	6,8	0,8	1,4	-0,6	6,2
1956	55,4	48,0	7,4	0,6	1,5	-0,9	6,5
1957	59,1	53,1	6,0	1,0	1,4	-0,6	5,4
1958	62,1	58,2	3,9	2,1	1,8	0,3	4,2
1959	69,2	64,8	4,4	3,0	2,0	1,0	5,4
1955/59	296,2	267,7	28,5	7,5	8,3	-0,8	27,7
1960	79,4	71,0	8,4	1,9	2,1	-0,2	8,2
1961	89,9	82,0	7,9	-0,3	2,2	-2,5	5,4
1962	98,8	92,2	6,6	2,8	2,3	0,5	7,1
1963	104,6	101,7	2,9	6,2	2,6	3,6	6,5
1964	114,6	112,6	2,0	6,1	2,8	3,3	5,3
1960/64	487,3	459,5	27,8	16,7	12,0	4,7	32,5
1965	121,4	124,8	-3,4	9,4	3,1	6,3	2,9
1966	129,4	129,9	-0,5	8,5	4,0	4,5	4,0
1967	133,2	134,1	-0,9	15,0	5,1	9,9	9,0
1968	147,2	145,8	1,4	9,5	5,2	4,3	5,7
1969	171,3	160,0	11,3	1,7	5,7	-4,0	7,3
1965/69	702,5	694,6	7,9	44,1	23,1	21,0	28,9
1970	183,2	181,9	1,3	8,1	6,3	1,8	3,1
1971	208,0	209,3	-1,3	14,4	7,1	7,3	6,0
1972	227,9	232,6	-4,7	15,3	8,2	7,1	2,4
1973	267,6	260,0	7,6	17,5	9,9	7,6	15,2
1974	289,2	294,3	-5,1	25,4	11,9	13,5	8,4
1970/74	1175,9	1178,1	-2,2	80,7	43,4	37,3	35,1
1975	292,5	334,2	-41,7	61,7	13,8	47,9	6,2
1976	329,7	352,0	-22,3	40,4	17,1	23,3	1,0
1977	363,6	369,1	-5,5	31,8	19,9	11,9	6,4
1978	387,2	396,3	-9,1	42,3	21,1	21,2	12,1
1979	417,0	430,9	-13,9	43,1	23,7	19,4	5,5
1975/79	1790,0	1882,5	-92,5	219,3	95,6	123,7	31,2
1980	445,1	466,2	-21,1	54,5	28,4	26,1	5,0
1981	457,9	488,2	-30,3	77,0	35,0	42,0	11,7
1982	479,7	499,3	-19,6	69,0	43,3	25,7	6,1

ge der Unterschiede von volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und kassenmäßiger Entwicklung. In der Tendenz kommt aber deutlich zum Ausdruck, daß die Darlehensgewährung als Ausgabenkomponente der Finanzierungsrechnung stark an Gewicht verloren hat.

Drei Phasen der Entwicklung

Im Schuldenbestand von Bund und Ländern befinden sich noch rund 16 Mrd. DM „Altschulden“, hauptsächlich Ausgleichsforderungen, die im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1948 entstanden sind. Im Laufe der Jahre hatten die Gebietskörperschaften, vor allem der Bund, bereits 24 Mrd. DM Altschulden getilgt, darunter 10 Mrd. DM Auslandsschulden (7 Mrd. DM Nachkriegswirtschaftshilfe und 3 Mrd. DM Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen über die alten „Reichs-Schulden“). In der

Rückrechnung ergibt sich somit ein Ausgangsbestand von rund 40 Mrd. DM, den der Staat nach der Neugründung übernommen hat. Teilbeträge dieser Schulden waren allerdings 1950 noch nicht festgelegt, so daß der Ausgangsbestand „statistisch“ geringer anzusetzen ist.

Absolut sind 40 Mrd. DM inzwischen weniger als die staatliche Nettoverschuldung innerhalb eines Jahres. Relativ aber war der Schuldenbestand damals größer als heute. Wählt man die Staatseinnahmen, d.h. die konsolidierten Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften aus Steuern, Gebühren und Vermögenseinkommen als Bezugsgröße, so ergeben sich folgende Relationen:

	Schuldenbestand in Mrd. DM	Einnahmen in Mrd. DM	Relation
1950	40	25	1,6
1960	56	80	0,7
1970	123	184	0,7
1980	469	445	1,1
1982	615	480	1,3

Der Schuldenbestand von Bund, Ländern und Gemeinden ist in 30 Jahren auf etwa das Fünfehnfache gestiegen; dies entspricht der Entwicklung des Brutto sozialprodukts von reichlich 100 Mrd. DM (1950) auf 1 600 Mrd. DM (1982). So gesehen besteht kein Grund, heute von einer untragbar hohen Staatsverschuldung zu sprechen. Im historischen Vergleich zeigt sich allerdings ein entscheidender Unterschied: Ausgehend von 1950 kam der Staat aufgrund der steilen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in eine Überschuldbosition, die relativ eine Schuldenabnahme ermöglichte, während seit 1974 ständig Kredite aufgenommen werden, um Defizite in der „Haushaltsrechnung“ zu decken.

In den 50er Jahren und auch noch Anfang der 60er Jahre erzielten die Gebietskörperschaften Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme), die im Niveau die Ausgaben (ohne Schuldzinsen und Darlehensgewährung) um rund 10 vH übertrafen. Diesen Überschüssen in der „Haushaltsrechnung“ entsprach in der „Finanzierungsrechnung“ die Darlehensgewährung. Die Neuverschuldung war unbedeutend und deckte sich in der Größenordnung mit den Ausgaben für Schuldzinsen. Aus Krediten wurde also kein zusätzlicher Finanzierungsspielraum erschlossen.

Der Überschubphase bis Anfang der 60er Jahre ist als zweite Phase der Zeitraum etwa von 1963 bis 1973 gegenüberzustellen. Die Haushaltsrechnung war in dieser Zeit annähernd ausgeglichen, die Verschuldung blieb vergleichsweise niedrig, und die Darlehensgewährung nahm relativ ab. Gemessen an den

Ausgaben (ohne Zinsen) ging der Restposten der Finanzierungsrechnung, der im wesentlichen die Darlehensgewährung repräsentiert, von 10 vH auf 4 vH zurück.

Mit der Rezession von 1974/75 setzte dann die Defizitphase ein, die immer noch anhält. Rückblickend sticht das Rekorddefizit in der Haushaltsrechnung von 42 Mrd. DM (12,5 vH der Ausgaben ohne Zinsen) im Jahr 1975 hervor. Es kam zustande, weil in der Finanz- und Sozialpolitik bewußt antizyklisches Verhalten mit bereits vor der Rezession beschlossenen Reformen (Einkommensteuersenkung und Kindergelderhöhung) zusammenwirkten. Innerhalb von zwei Jahren konnte dann dieses Defizit zwar weitgehend abgebaut werden, aber der überzogene Konsolidierungskurs und erneute Wachstumseinbrüche verhinderten den anhaltenden Erfolg. Die Defizite in der Haushaltsrechnung wurden vielmehr wieder größer und erreichten 1981 einen weiteren Extremwert von 30 Mrd. DM. Erstmals für 1984 kann erwartet werden², daß die Haushaltsrechnung wieder mit einem positiven Saldo abschließt.

In den Jahren 1974 bis 1983 betrug das Defizit im Durchschnitt 4,3 vH der Ausgaben (ohne Zinsen) gegenüber einem Überschuß von 10 vH in den 50er Jahren. Die Bedeutung der Darlehensvergabe hat sich, wie erwähnt, stark verringert. Dagegen hat die unmittelbare Subventionierung einschließlich der Investitionszuschüsse und anderer „Vermögensübertragungen“ an Unternehmen deutlich zugenommen. Faßt man z.B. für die Zeit seit Ende der 50er Jahre die Transferzahlungen an Unternehmen und den Darlehensposten aus der Finanzierungsrechnung zusammen, so ergeben sich relativ die gleichen Größenordnungen. Hätte der Staat schon in den 50er Jahren mehr unmittelbare Zuschüsse statt Darlehen gewährt, so wäre der Überschuß in der Haushaltsrechnung kleiner gewesen. Es ist also zu beachten, daß die Salden in der langen Zeitreihe nur bedingt vergleichbar sind.

In der Defizitphase seit 1974 waren — wie erwähnt — die Negativsalden in den Jahren 1975 und 1981 am größten. Obwohl der Kreditbedarf in der Haushaltsrechnung 1981 um 12 Mrd. DM kleiner als 1975 war, übertraf die Neuverschuldung den Betrag von 1975 erheblich. Im Vergleich beider Jahre mußten 1981 als Folge des sehr viel höheren Schuldenbestandes rund 21 Mrd. DM mehr an Zinsen gezahlt werden.

Seit 1974 sind rund 500 Mrd. DM Schulden aufgenommen worden. Ende 1983 dürfte der Schuldenbestand 680 Mrd. DM erreichen und 1984 zu Zinsausgaben in der Größenordnung von 55 Mrd. DM führen. Gelingt es, Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Planansätze zu realisieren, so wird dann eine neue Situation markiert: Bei ausgeglichener Haushaltsrechnung

steigt die Verschuldung im Umfang der Zinsausgaben. Rückblickend stellen sich dann die drei unterschiedlichen Phasen in den Gesamtergebnissen folgendermaßen dar:

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Zeitraum	Haushaltsrechnung			Finanzierungsrechnung			
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Nettoverschuldung	Zinsausgaben	Saldo	Ausgaben für Darlehen
	in Mrd. DM						
1950-62	749	679	70	17	19	-2	68
1963-73	1809	1793	16	112	60	52	67
1974-83	3966	4142	-176	509	265	244	68
	Ausgaben = 100						
1950-62	110,3	100	10,3	2,5	2,8	-0,3	10,0
1963-73	100,9	100	0,9	6,2	3,3	2,9	3,8
1974-83	95,8	100	-4,3	12,3	6,4	5,9	1,6

Nun muß allerdings bei der erreichten Höhe der staatlichen Zinszahlungen berücksichtigt werden, daß es sich um Ausgaben handelt, die als Vermögenseinkommen steuerpflichtig sind³. Es ist weder bekannt noch exakt zurechenbar, welcher Teil der Steuern auf den — gesamtwirtschaftlich betrachtet — zusätzlichen Einkommensstrom staatlicher Zinszahlungen entfällt. Auf jeden Fall ist die Haushaltsrechnung in der hier gewählten Abgrenzung zunehmend verzerrt, weil die Einnahmen Steuerbeträge enthalten, die ohne Staatsverschuldung nicht entstanden wären. Unterstellt man den Mindeststeuersatz der Einkommensteuer von 22 vH, so wären für 1983 rechnerisch rund 11 Mrd. DM von der Haushaltsrechnung in die Finanzierungsrechnung umzusetzen, d.h. der Negativsaldo der laufenden Rechnung wäre um 11 Mrd. DM größer, die Netto-Zinsausgaben würden 40 Mrd. statt 51 Mrd. DM betragen, der Zinssatz reduzierte sich von 8 vH in die Nähe von 6 vH. Diese hypothetischen Zahlen verdeutlichen, daß es sich um beachtliche Größenordnungen handelt, deren Berücksichtigung die bisherigen Aussagen relativiert. 1984 wird die Haushaltsrechnung — in dieser Richtung korrigiert — dennoch ausgeglichen sein, sofern die Schere zwischen Einnahmen- und Ausgabenzuwachs so weit geöffnet bleibt, wie es sich gegenwärtig abzeichnet.

Überzogene Konsolidierungsziele

Insgesamt haben die Gebietskörperschaften seit 1950 aus über 600 Mrd. DM Schuldenaufnahme — nach Abzug der Zinsausgaben — ihren gesamten Ausgabenspielraum um rund 300 Mrd. DM erhöht. Da

² Vgl. Restriktionspolitik behindert wirtschaftliche Erholung. Bearb.: D. Teichmann und D. Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/83.

³ Dies gilt nicht für Zinszahlungen an das Ausland, die gegenwärtig rund ein Zehntel der gesamten Zinsverpflichtungen ausmachen.

von entfallen über 200 Mrd. DM auf die vergleichsweise kurze Zeitspanne 1975 bis 1981. Im Jahre 1984 wird die Schuldenzunahme ähnlich hoch sein wie 1975, aber — völlig anders als damals — rechnerisch nur noch dazu dienen, Schuldzinsen zu zahlen. Auf den ersten Blick entspricht das nicht den Vorstellungen von „gesunden“ Staatsfinanzen.

Längerfristig gilt — von Extremsituationen abgesehen — für jeden Schuldner, daß er aus stetiger Kreditaufnahme keinen zusätzlichen Finanzierungsspielraum bekommt, weil sich die Zins- und Tilgungsverpflichtungen kumulieren. Im Modellablauf ist nach einer „Anlaufphase“ die Gleichung Neuverschuldung = Zins + Tilgung dann gegeben, wenn die Neuverschuldung jährlich mit der Rate steigt, mit der der Schuldenbestand zu verzinsen ist⁴. Daraus leitet sich in Modellbetrachtungen für den Gläubiger die Gleichung Zinseinnahmen = Ersparnis ab. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die privaten Haushalte noch ein gutes Stück davon entfernt, daß sie im Umfang der Vermögenseinkommen sparen. Für die Gebietskörperschaften aber wird auf der Schuldenseite diese Übereinstimmung bald gegeben sein.

Im Prinzip ist dann das immer wieder hinausgeschobene Ziel der Konsolidierung erreicht, denn die Steuern und sonstigen Abgaben decken wieder die Ausgaben (ohne Zinsen). Doch die Regierung will mehr: die stetige Reduzierung der Neuverschuldung, die zumindest relative Abnahme des Schuldenbestandes. Das weiter gesteckte Ziel setzt in den nächsten Jahren Überschüsse in der Haushaltsrechnung voraus, die — wie dargestellt — seit Anfang der 60er Jahre nicht mehr erzielt werden konnten. Ferner müßte sich die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung ändern.

Rückblickend war die Staatsverschuldung ein gewichtiger Gegenposten zur schwachen Zunahme der privaten Investitionen einschließlich Wohnungsbau. Im Vergleich der Jahre 1973 und 1982 nahm das Brutto sozialprodukt (ohne den Beitrag des Staates) jahresdurchschnittlich nominal um 6 vH zu, der private Verbrauch sowie die Käufe des Staates stiegen um 7 vH, die privaten Investitionen um 4 vH. Netto, d.h. nach Abzug der Abschreibungen, lagen die Investitionen 1982 sogar unter dem Niveau von 1973 bzw. etwa auf gleicher Höhe, wenn man — statt zu Wiederbeschaffungspreisen — mit Anschaffungspreisen abschreibt. Die privaten Haushalte aber bildeten 1982 fast 50 Mrd. DM mehr Geldvermögen als 1973. Damals entsprach der Finanzierungssaldo der privaten Haushalte zwei Dritteln der privaten Nettoinvestitionen, inzwischen ist er weit höher als 100 vH.

Gegenüber dem Jahr 1973, das als Endjahr der Zeit der Vollbeschäftigung gesetzt werden kann, hat sich

die Finanzierungsstruktur also entscheidend verändert. Es bleibt anzumerken, daß auch schon einige Jahre vor 1973 die Forderungen der privaten Haushalte die gleiche Größenordnung hatten wie die Verpflichtungen der Unternehmen. Das Ergebnis repräsentiert die Situation Anfang der 70er Jahre, während der 1973 positive Saldo des Staates von 11 Mrd. DM nicht typisch ist (Durchschnitt 1970/73: rund 2 Mrd. DM Finanzierungsüberschuß).

	1973	1982
	— in Mrd. DM —	
Forderungen der privaten Haushalte	72	119
Verpflichtungen:		
des Staates	-11	55
des Auslandes	11	7
der Unternehmen	72	57

Will der Staat sich aus seiner kompensierenden Schuldnerposition lösen, in der er gegenwärtig fast die Hälfte des Forderungszuwachses der privaten Haushalte an sich zieht, so besteht in erster Linie die Alternative: Entweder weniger Sparen der privaten Haushalte oder stärkere Verschuldung der Unternehmen. Sicherlich wäre es aus konjunktureller Sicht erfreulicher, wenn die privaten Haushalte zu Lasten des Sparens über einen Konsumstoß die Wirtschaft „ankurbeln“ würden. Realistisch aber ist eher, daß — bei sinkender Sparquote — die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte auf dem Niveau von 1982 stagniert. Der absolute Rückgang im Jahre 1983 markiert vermutlich keine Trendwende. Das Ausland kommt als zusätzlicher Schuldner wohl kaum in Betracht, so daß die relative Entschuldung des Staates ihren Gegenposten in verstärkter Verschuldung der Unternehmen haben müßte.

Ein anhaltender, von den Investitionen getragener Wirtschaftsaufschwung würde Spielraum zu stärkerer Verschuldung der Unternehmen geben und zugleich in der Haushaltsrechnung zu konjunkturbedingten Mehreinnahmen führen. Verschiedentlich wird jedoch in der Umkehrung argumentiert: Nicht der Aufschwung schafft die Bedingungen für eine relative Entschuldung des Staates, sondern die Staatsverschuldung hemmt den Aufschwung und muß deshalb vorrangig — selbst in der Rezession — vermindert

⁴ Ein Betrag A, der jährlich um w zunimmt, führt zum Schuldenbestand

$$V = A \frac{w^n - 1}{w - 1}$$

Beträgt der Zinssatz w-1 und ist A nach n Jahren zu tilgen, so gilt Zins = V(w-1) = Awⁿ-A, d.h. die Zinsausgaben und die Tilgung A entsprechen der Neuverschuldung Awⁿ.

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften Hypothetische Fortschreibung¹⁾

in Mrd. DM

	1982	1983	1984	1985	1986	1987
<u>Haushaltsrechnung</u>						
Einnahmen	480	503	527	559	592	628
Ausgaben	500	509	521	537	553	569
Saldo	-20	-6	+6	+22	+39	+58
kalkulatorische Steuern auf Schuldzinsen	10	11	12	13	14	14
Saldo "bereinigt"	-30	-17	-6	+19	+25	+44
<u>Finanzierungsrechnung</u>						
Schuldenstand am Jahresanfang	546	615	675	728	768	794
Neuverschuldung	69	60	53	40	26	9
davon						
Darlehen u.a.	6	5	4	4	4	4
Schuldzinsen	43	51	55	58	61	63
Nettoeinnahmen	20	6	-6	-22	-3,9	-58

1) Unterstellt wurden ab 1984 : Ausgabenzuwachs 3 vH, Einnahmenezuwachs 6 vH, Zinssatz 8 vH, ferner kalkulatorischer Steuersatz auf Zinseinkommen aus der Staatsverschuldung 22 vH.

werden. Dabei müßten alle „Opfer bringen“. In der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung hieße dies: Nachfrageausfälle und Produktionseinschränkungen als Folge des staatlichen Sparkurses sind hinzunehmen.

Für sich betrachtet ist der Rückgang des Defizits in der Haushaltsrechnung von 30 Mrd. DM (1981) auf schätzungsweise 6 Mrd. DM (1983) ein beachtlicher „Sparerfolg“. Die gleichzeitige Zunahme der Massenarbeitslosigkeit ist aber bedrückend und alles andere als ein „Konsolidierungserfolg“.

Im Wortsinn erfordert ein „Sichern“ oder „Festigen“ der öffentlichen Finanzen zwar eindeutig, daß die Verschuldungsexpansion begrenzt werden muß und nicht mehr — wie seit Mitte der 70er Jahre — weit über die Zunahme des Steueraufkommens hinausgeht. Die Funktionen des Staates, die ja nicht geringer geworden sind, erfordern eigentlich eine „Konsolidierung“ der Ausgaben durch zusätzliche Einnahmen. Doch eingeschlagen wurde der andere Weg: bei gegebenem Steueraufkommen die Ausgaben so zu kürzen, daß die Neuverschuldung möglichst zum Stillstand kommt.

Als Orientierungshilfe ist es nützlich, einmal ganz formal die Schätzungen der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober für die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1983 und 1984 fortzuschreiben⁵. Nehmen z.B. von 1985 an die Einnahmen um 6 vH jährlich zu, die Ausgaben (ohne Zinsen) aber nur um 3 vH, so vergrößert sich der bereits 1984 positive Saldo der Haushaltsrechnung bis 1987 auf 58 Mrd. DM und entspricht dann einem Zehntel der Einnahmen. Unterstellt man für die Zukunft den derzeitigen Zinssatz von 8 vH, dann nehmen die Zinsausgaben auf 63 Mrd. DM zu. Die Neuverschuldung kommt 1987 fast zum Stillstand. Relativ ist der Schuldenbestand — gemessen

an den laufenden Einnahmen — jedoch immer noch so hoch wie 1983. Der Sparkurs müßte also noch länger fortgesetzt werden, wenn die bereits erreichte Schuldenquote gesenkt werden soll.

Bestimmend für die weitere Entwicklung sind vor allem die Spanne zwischen Einnahmen- und Ausgabenzuwachs in der Haushaltsrechnung sowie der Zinssatz. Beim erreichten Schuldenbestand hat ein Prozentpunkt Zinssenkung größeres Gewicht als eine Ausgabenkürzung in der Haushaltsrechnung um ein Prozent. Die Schuldenreduzierung käme sehr viel besser voran, wenn das überhöhte Zinsniveau gedrückt werden könnte. Andernfalls bleibt es bei der verteilungspolitisch äußerst bedenklichen Konsequenz, daß z.B. soziale Leistungen vermindert werden, weil hohe Zinszahlungen den Ausgabenspielraum der Gebietskörperschaften einengen.

Die formale Extrapolation unter hypothetischen Annahmen umreißt ferner zwei grundsätzliche Positionen:

- Die anzustrebende Konsolidierung im Sinne der wieder ausgeglichenen Haushaltsrechnung in der hier gewählten Abgrenzung mit der Bedingung, daß laufende Ausgaben nicht mehr aus Schuldenaufnahme finanziert werden, und der Konsequenz, daß die Staatsverschuldung etwa im Umfang der jährlichen Zinsausgaben zunimmt.
- Die vorerst nicht anzustrebende Konsolidierung im Sinne des relativen oder sogar absoluten Schuldenabbaus. Bedingung wäre die Freisetzung erheblicher Steuereinnahmen zur Finanzierung der Zinsausgaben und — bei gegebenen Steuersätzen — die Reduzierung von Personal-, Sach- und Transferausgaben in nicht vertretbarem Maße. Derartige Kürzungen würden in Einnahmeausfällen zurückschlagen und wären auch aus verteilungspolitischen Gründen abzulehnen.

Fazit

Der Staat hat seit 1974 die rückläufige Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen in erheblichem Maße durch Kreditaufnahme kompensiert. Nur ein anhaltender Wirtschaftsaufschwung würde Bedingungen schaffen, die eine Konsolidierung zuließen. Ein solcher Aufschwung ist jedoch nicht in Sicht. Die angestrebte Konsolidierung ist letztlich nur erreichbar, wenn der Sparkurs der Regierung auf die Spartätigkeit von Arbeitnehmern und Rentnern durchschlägt. Tatsächlich ging 1983 die Sparquote der privaten

⁵ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1983. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/83.

Haushalte zurück. Dies dürfte freilich nur eine vorübergehende Entwicklung gewesen sein.

Der Staat ist in eine Schuldnerposition gekommen, aus der er sich isoliert nicht lösen kann. Bereits die vorige Regierung hat den finanzpolitischen Kurswechsel eingeleitet, der — abgesehen vom Widerstreit über den Zeitpunkt — notwendig war: die Reduzierung der hohen jährlichen Neuverschuldung. Nun

zeichnet sich ab, daß die Steuereinnahmen schon bald ausreichen werden, die Ausgaben (ohne Schuldzinsen) zu decken. Damit wird ein Konsolidierungsziel erreicht, das die Schuldzinsen als — inzwischen recht großen — Ausgabeposten nicht ausklammert, sondern sie der Kreditfinanzierung zuordnet. Es ist dringend davor zu warnen, das Ziel schon jetzt weiter zu stecken und — bei hoher Massenarbeitslosigkeit — weiterhin Ausgaben zu kürzen.

Vorübergehend kein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das dritte Quartal 1983

Wie erwartet, geriet das gesamtwirtschaftliche Wachstum nach der Jahresmitte vorübergehend ins Stocken. Dies deutet jedoch nicht auf eine Verschlechterung des konjunkturellen Klimas hin; vielmehr handelte es sich um die „technische“ Reaktion auf vorangegangene — durch Termine bewirkte — Nachfrageschübe: Neben der Mehrwertsteuererhöhung (1.7.) spielte der Fristablauf für steuerliche Erleichterungen bei Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen (30.6.) eine Rolle.

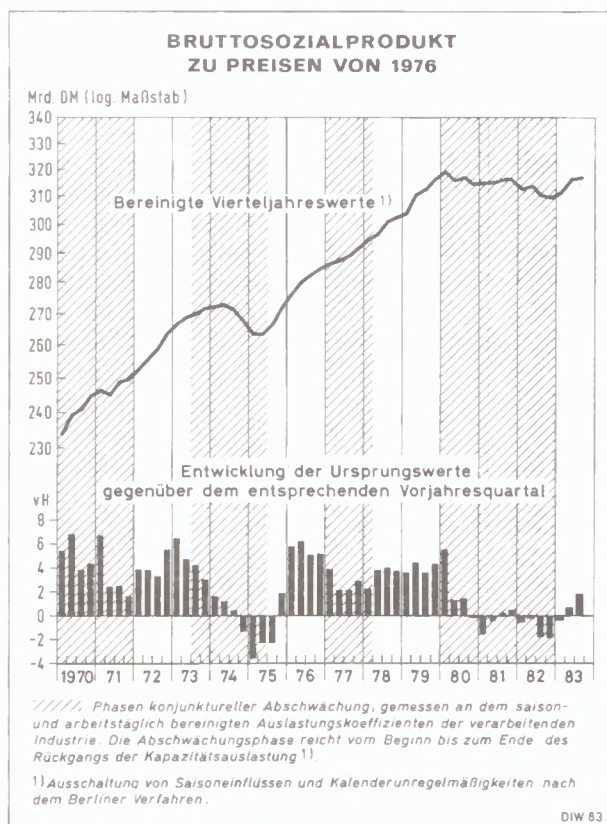
Von Saison- und Kalendereinflüssen bereinigt verharrte die gesamtwirtschaftliche Produktion, d. h. das reale Bruttoinlandsprodukt, im dritten Quartal auf dem Niveau des Vorquartals. Das reale Bruttosozialprodukt als Ausdruck aller an Inländer geflossenen Einkommen expandierte dagegen, da sich der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von Inländern gegenüber der übrigen Welt — die Ausgaben sanken hier stärker als die Einnahmen — saisonbereinigt vergrößerte. Das Niveau der entsprechenden Vorjahreszeit wurde um annähernd 2 vH übertroffen.

Zur Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Berichtsquartal trug — neben den bereits erwähnten Einflüssen — auch bei, daß die Landwirtschaft relativ geringe Ernten einbrachte. Das warenproduzierende Gewerbe steigerte dagegen seine Produktion, allerdings verlangsamte sich das Wachstumstempo deutlich von 1,5 vH (im Vorquartal) auf 0,5 vH. Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Branchen unterschiedlich: Während die Produktion im verarbeitenden Gewerbe stagnierte, nahm sie im Bausektor um mehr als 3 vH zu, und in den energieerzeugenden Bereichen ging sie um fast 1 vH zurück. Im Handel und Verkehr war die reale Bruttowertschöpfung insgesamt rückläufig, vor allem, weil der Einzelhandelsumsatz nach den vorgezogenen Käufen vorübergehend spürbar sank. In den Dienstleistungsberreichen war das Wachstumstempo etwa ebenso stark wie im Vorquartal (0,5 vH).

In der ersten Jahreshälfte war das Preisniveau der Güterverwendung im Inland leicht zurückgegangen. Nach der Jahresmitte kam es jedoch wieder zu stärkeren Preissteigerungen, die freilich unterschiedliche Ursachen hatten: Neben administrativen Preisanhebungen (Mehrwertsteuer, Rundfunk- und Fernsehgebühren usw.) spielten angebotsbedingte Preisanhebungen (geringere Ernten) und wechselkursbedingte Verteuerungen der Importe die entscheidende Rolle.

Zwar stiegen die Ausführpreise wieder, aber schwächer als die Importpreise, so daß sich die Terms of Trade verschlechterten. Bei alledem war das Anstiegstempo beim Deflationierungsfaktor — dem Preisindex des Sozialprodukts — relativ gering; gegenüber dem Vorjahr erhöhte er sich nur um reichlich 2 vH.

Die realen *Ausrüstungsinvestitionen* hatten im Vorquartal ein Niveau erreicht, das saison- und arbeits-täglich bereinigt um fast 8 vH über dem Tiefstand vom vierten Quartal 1982 lag. Die durch die Investitionszulage angeregte Nachfrage wurde bei solchen Investitionsgütern, die schnell produziert bzw. direkt vom Lager bezogen werden konnten, rasch befriedigt. Zudem hatte das Auslaufen von Steuerbegünstigungsfristen — vor allem für energiesparende Maßnahmen — zur Jahresmitte zu einer verstärkten Auslieferung bei der elektrotechnischen Industrie und beim Maschinenbau beigetragen. Als Reaktion darauf und weil es in einigen Fällen zuletzt zu Lieferschwierigkeiten und



Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe¹⁾

	1981	1982	1981				1982				1983		
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III ²⁾
1976 = 100													
Grundstoff- und Produktionsgüter	103,7	98,2	102,9	105,1	104,1	102,9	99,5	104,0	95,4	93,8	96,7	103,6	100,2
Investitionsgüter	111,5	110,8	109,3	110,4	105,3	120,9	112,7	113,5	102,6	114,1	107,2	110,8	101,8
Verbrauchsgüter	100,0	96,5	102,0	97,6	96,3	104,0	98,8	95,5	91,7	99,8	98,1	96,5	92,1
Nahrungs- und Genußmittel	108,6	106,3	105,3	106,0	108,5	114,3	106,0	105,4	103,7	110,0	101,1	104,8	109,5
Verarbeitendes Gewerbe	107,1	104,4	105,8	106,2	103,8	112,3	105,9	106,8	98,9	105,7	102,1	105,6	100,7
in vH gegenüber Vorjahr													
Grundstoff- und Produktionsgüter	-3,9	-5,3	-8,7	-5,5	-0,6	0,0	-3,3	-1,0	-8,4	-8,8	-2,8	-0,3	5,0
Investitionsgüter	-0,1	-0,7	-2,9	-0,6	0,4	2,7	3,1	2,8	-2,6	-5,6	-4,9	-2,4	-0,8
Verbrauchsgüter	-5,0	-3,5	-7,4	-5,5	-3,7	-3,6	-3,2	-2,1	-4,7	-4,1	-0,7	1,1	0,4
Nahrungs- und Genußmittel	2,2	-2,1	2,1	2,1	2,9	1,5	0,7	-0,5	-4,4	-3,8	-4,6	-0,5	5,6
Verarbeitendes Gewerbe	-1,6	-2,5	-4,7	-2,5	-0,3	0,8	0,1	0,6	-4,7	-5,9	-3,6	-1,1	1,8

1) Ursprungswerte, kalendermonatlich. - 2) Bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde die vom Statistischen Bundesamt mit Hilfe eines Regressionsverfahrens geschätzte voraussichtliche Korrektur der Indexwerte für den letzten Quartalsmonat berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 2.1.

damit zur Verlängerung von Lieferfristen (z. B. bei Kraftfahrzeugen, EDV-Geräten) kam, fielen im dritten Quartal die Lieferungen von Ausrüstungsinvestitionsgütern auf das Niveau des ersten Vierteljahres zurück, das Vorjahrsniveau wurde nur noch um 3,5 vH überschritten. Insgesamt hat sich das Investitionsklima aber so gebessert, daß die Produzenten wieder die Möglichkeit sehen, die Inlandspreise von Investitionsgütern anzuheben. Stärker waren jedoch die wechselbedingten Verteuerungen importierter Investitionsgüter. Insgesamt stiegen die Preise für Ausrüstungen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 vH.

Bei den realen *Bauinvestitionen* ist es nach der Jahresmitte zu der erwarteten Belebung gekommen. Dabei nahm sowohl die Produktion des Bauhauptgewerbes als auch die des Ausbaugewerbes deutlich zu. Das Ergebnis vom Vorquartal wurde saison- und arbeitstäglich bereinigt um reichlich 3 vH übertroffen. Neben dem schon seit Herbst 1982 expandierenden Wohnungsbau, der von steuerlichen und anderen Anreizen bereits seit längerem profitiert, zog nun auch die Produktion im Wirtschaftsbau an. Beim öffentlichen Bau kam es dagegen noch zu keiner Ausweitung, obwohl die Auftragseingänge seit Anfang des Jahres leicht nach oben gerichtet sind. Auch bei Bauinvestitionen ist es — erstmals seit zwei Jahren — wieder zu einem nennenswerten Preisanstieg gekommen: Während sich Wohnbauten um 1,5 vH gegenüber dem Vorquartal verteuerten, erhöhten sich die Preise für gewerbliche und öffentliche Bauten um nahezu 1 vH.

Die *Lagerinvestitionen* wurden im Berichtsvierteljahr erneut, wenn auch schwächer als im Vorquartal, erhöht. Dabei gingen die Lagerbestände an landwirt-

schaftlichen Produkten wegen der niedrigeren Ernten saisonbereinigt zurück; dagegen blieb das Tempo des Lageraufbaus in den übrigen Bereichen nahezu unverändert hoch.

Bis zur Jahresmitte war die rasche Zunahme des *privaten Verbrauchs* vor allem durch eine Einschränkung der Ersparnisbildung — nicht zuletzt das vermehrte Freiwerden von prämienbegünstigten Sparverträgen hatte dazu angeregt — finanziert worden; die verfügbaren Einkommen haben im ersten Halbjahr saisonbereinigt stagniert. Nach der Jahresmitte stiegen sowohl die Arbeits- als auch die Übertragungseinkommen (Rentenerhöhung zum 1.7.), so daß — trotz eines leichten Wiederanstiegs der Sparquote — die Ausgaben der privaten Haushalte gesteigert werden konnten. Das Tempo des Anstiegs schwächte sich aber deutlich ab, da die privaten Haushalte Anschaffungen vor die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1.7. vorgezogen hatten. Auswirkungen hatte dies in erster Linie auf die Entwicklung des Einzelhandels mit höherwertigen Konsumgütern, denn es waren vor allem solche Waren vermehrt gekauft worden. Allerdings war der Umsatzrückgang nur kurzfristig: Im September wurde er schon wieder von einer kräftigen Belebung abgelöst; die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen lagen zuletzt um fast ein Viertel über ihrem vorjährigen Stand. Wiederum leicht expandiert hat die private Nachfrage nach den vom übrigen Einzelhandel, dem Handwerk und den Dienstleistungsbereichen gelieferten Gütern und Diensten.

Die Preise für die Güter und Dienste des privaten Verbrauchs sind im dritten Quartal relativ kräftig gestiegen; real kam es deshalb zu einem saisonbereinigten Rückgang des Konsums. Neben der Mehrwert-

steuererhöhung spielten importierte Preisanhebungen vor allem bei Heizöl und Kraftstoffen die entscheidende Rolle. Im Gefolge der niedrigen Obst- und Gemüseernten verteuerten sich Saisonwaren zuletzt ebenfalls wieder erheblich. Zudem sind die Rundfunk- und Fernsehgebühren zum 1.7. um 25 vH angehoben worden.

Saison- und arbeitstäglich bereinigt haben die realen *Exporte* von Waren im dritten Vierteljahr zum ersten Mal seit eineinhalb Jahren deutlich expandiert. Insbesondere die Ausfuhr von Grundstoffen und Produktionsgütern konnte erhöht werden, die von Verbrauchsgütern und Investitionsgütern hat dagegen noch kaum auf die Verbesserung der Nachfrage reagiert. Entsprechend dem Fortschritt der konjunkturellen Erholung konnten vor allem die Lieferungen in die USA ausgeweitet werden, aber auch die Bezüge der EG-Partnerländer nahmen erstmals seit eineinhalb Jahren wieder nennenswert zu. Zurück gingen dagegen die Lieferungen in die Entwicklungs- und in die OPEC-Länder, die Exporte in die Staatshandelsländer stagnierten.

Die realen *Importe* von Waren wurden saison- und arbeitstäglich bereinigt erneut — wenn auch schwächer als zuvor — gesteigert. Das Anstiegstempo war indes kräftiger als das der gesamten inländischen Produktion. Dies läßt auf weitere Vorratsbildung bei Importgütern schließen. Die Ausweitung konzentrierte sich auf Fertigwaren (Vor- und Enderzeugnisse). Spekulative Käufe bei Rohstoffen und Halbwaren haben an Bedeutung verloren.

Insgesamt erhöhte sich real der Überschuß der Warenbilanz saisonbereinigt wieder, die gleichzeitige Verschlechterung der Terms of Trade führte allerdings dazu, daß er in nominaler Rechnung weiter zurückging. Zudem vergrößerte sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz merklich, obwohl sich die Bilanz der Kapitalerträge aktivierte. Offenbar hat ein höheres Defizit in der Reisebilanz den Ausschlag gegeben. Nominal verringerte sich somit der *Außenbeitrag* (Waren und Dienstleistungen) um rd. 10 Mrd. DM (Jahresbasis) und damit stärker als zuvor, real stagnierte er.

Im Berichtszeitraum hielten sich die Ausweitung der *Produktivität* (+ 1 vH je Erwerbstätigenstunde) und die Einschränkung des *Arbeitsvolumens* (-1 vH) saisonbereinigt die Waage. Nachdem die Produktivität innerhalb von drei Jahren konjunktureller Schwäche bis zum vierten Quartal 1982 nur um rund 2,5 vH ausgeweitet werden konnte, ist sie in den drei Quartalen des laufenden Jahres bereits um 3,5 vH gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten wurde um 70 000 Personen reduziert. Dabei setzten vor allem die Industrie und der Handel noch Arbeitskräfte frei, während sich im Bau die schon im Vorquartal festzustellende Ausweitung des Beschäftigtenstandes fortsetzte.

Ausblick auf das vierte Quartal

Die jüngste Entwicklung der Auftragseingänge bei der Industrie — vor allem aus dem Ausland — stützt die Vermutung, daß es sich bei der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im dritten Quartal nur um eine Wachstumspause gehandelt hat. Die Industrieproduktion wird im letzten Jahresviertel wieder deutlich zunehmen. Wegen des Fristablaufs bei der Investitionszulage (30.12.1983) wird vor allem die Produktion im Investitionsgüter erzeugenden Gewerbe angeregt. Entsprechend werden die Auslieferungen von Investitionsgütern und damit die realen Ausrüstungsinvestitionen im vierten Vierteljahr saisonbereinigt kräftig steigen. Bei den Bauinvestitionen ist von der Auftragslage her eine Fortsetzung der positiven Entwicklung angelegt. Die von der Auslandsnachfrage ausgehenden Impulse werden in den letzten Monaten des Jahres eine deutliche Exportsteigerung zulassen. Auch die Nachfrage der privaten Haushalte wird wieder leicht steigen. Gestützt wird die Entwicklung des Realeinkommens der Haushalte durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt — saisonbereinigt sank die Zahl der Beschäftigten kaum noch — und durch die günstige Preisentwicklung.

Insgesamt könnte sich im vierten Quartal wieder ein Zuwachs des realen saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttosozialprodukts um 1 vH ergeben, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum entspräche dies einer Steigerungsrate von etwa 3 vH.

Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ¹⁾

	1981	1982	1981			1982				1983		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1976												
Arbeitsvolum.(Mill.Std.)	45576	44754	11219	11324	11655	11153	11093	11074	11434	10995	10874	10867
Beschaeft. (1000 Pers.)	22797	22328	22785	22878	22762	22321	22335	22406	22250	21788	21802	21928
Produktivitaet (DM)	27,67	27,88	27,37	28,59	28,01	27,20	27,67	28,70	27,96	27,37	28,33	29,63
Bruttoinlandspr.(Mrd.DM)	1261,0	1247,9	307,0	323,8	326,4	303,4	307,0	317,9	319,7	300,9	308,1	322,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd.DM)												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	881,8	901,8	217,0	219,4	246,0	206,9	220,6	223,5	250,8	209,1	222,7	226,6
Bruttolohn-u.-geh.summe	717,2	731,9	175,4	178,4	200,9	168,3	178,1	181,6	203,8	169,7	179,4	183,6
Nettolohn-u.-geh.summe	503,4	507,4	122,5	124,4	139,2	119,9	122,8	125,6	139,1	119,7	122,9	125,8
Bruttoeink.a.Unt.u.Verm.	303,6	322,5	69,2	84,5	77,8	75,1	75,7	89,9	81,8	82,2	85,6	95,4
Ind. Steuern abz. Subv.	169,3	173,1	41,5	42,1	46,4	41,0	43,5	42,0	46,6	42,5	43,4	47,4
Abschreibungen	188,2	200,3	46,8	47,3	48,5	49,0	49,9	50,3	51,1	51,4	52,0	52,7
Bruttosozialprodukt	1542,9	1597,7	374,5	393,3	418,7	372,0	389,7	405,7	430,3	385,2	403,6	422,1
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd.DM)												
Privater Verbrauch	873,6	899,4	214,2	218,1	236,8	213,6	221,3	222,6	242,0	220,8	229,1	231,2
Deffentlicher Verbrauch	318,2	325,3	74,5	76,6	92,9	76,5	76,1	77,7	95,1	77,4	77,5	79,8
Bauten	209,6	202,7	57,0	57,6	54,2	39,2	53,9	54,8	54,8	39,3	54,4	57,8
Ausruestungen	128,7	125,2	31,3	31,4	37,0	28,0	30,2	30,1	36,9	28,9	33,2	31,9
Vorratsveraenderung	-0,1	7,2	-3,8	11,9	-19,0	8,7	-0,8	17,5	-18,2	8,0	-0,3	19,7
Ausfuhr	495,9	535,6	118,9	126,0	138,4	131,9	133,4	129,9	140,4	131,3	131,6	129,6
dar.: Waren	392,3	424,5	95,6	97,7	109,0	106,6	107,0	100,7	110,1	105,2	105,2	102,4
Abzuegl. Einfuhr	482,8	497,6	117,5	128,3	121,7	125,9	124,4	126,8	120,6	120,5	121,9	127,9
dar.: Waren	357,5	365,4	87,9	89,6	92,3	93,5	92,2	88,0	91,6	90,2	92,2	91,6
Bruttosozialprodukt	1542,9	1597,7	374,5	393,3	418,7	372,0	389,7	405,7	430,3	385,2	403,6	422,1
Zu Preisen von 1976 (Mrd.DM)												
Privater Verbrauch	703,9	688,4	173,8	174,2	187,2	166,4	170,3	169,1	182,6	165,9	171,4	170,8
Deffentlicher Verbrauch	251,4	248,7	61,3	61,4	65,9	62,0	61,4	60,3	65,0	60,8	61,2	60,2
Bauten	151,6	144,8	41,0	41,3	39,1	28,1	38,4	39,0	39,3	28,1	38,7	40,6
Ausruestungen	109,4	102,2	26,7	26,7	30,9	23,3	24,7	24,5	29,8	23,4	26,5	25,3
Vorratsveraenderung	-0,4	5,4	-5,1	10,8	-17,4	9,0	-1,8	15,2	-17,0	8,1	-0,7	18,2
Ausfuhr	405,3	420,1	97,6	101,8	111,3	105,1	104,7	101,6	108,7	102,3	102,4	100,4
dar.: Waren	324,7	336,6	79,4	79,9	89,0	85,6	84,7	79,7	86,7	82,6	82,8	80,5
Abzuegl. Einfuhr	360,1	362,8	88,4	93,6	88,8	92,4	91,2	92,5	86,7	88,4	90,9	92,7
dar.: Waren	266,1	266,6	66,2	65,0	67,3	68,1	67,7	64,7	66,2	66,2	69,5	67,4
Bruttosozialprodukt	1261,1	1246,6	306,9	322,8	328,1	301,4	306,4	317,1	321,7	300,1	308,6	322,7
Preisentwicklung (1976=100)												
Privater Verbrauch	124,1	130,7	123,2	125,2	126,5	128,4	129,9	131,7	132,5	133,1	133,7	135,4
Deffentlicher Verbrauch	126,5	130,8	121,5	124,7	141,1	123,4	123,9	129,0	146,2	127,2	126,6	132,6
Bauten	138,2	140,0	138,8	139,3	138,8	139,7	140,4	140,3	139,4	139,9	140,8	142,4
Ausruestungen	117,6	122,6	117,2	117,6	119,8	120,4	122,6	122,8	124,1	123,8	125,2	125,9
Ausfuhr	122,4	127,5	121,8	123,7	124,4	125,5	127,5	127,9	129,1	128,3	128,5	129,1
Einfuhr	134,1	137,2	132,8	137,1	137,1	136,3	136,4	137,0	139,1	136,2	134,1	138,0
Nachr.: Terms of Trade	91,2	92,9	91,7	90,3	90,8	92,1	93,5	93,3	92,8	94,2	95,8	93,6
Bruttosozialprodukt	122,4	128,2	122,0	121,8	127,6	123,4	127,2	127,9	133,8	128,4	130,8	130,8
Nachrichtlich: Lohnstueckkosten 2)	123,9	128,1	125,4	120,2	133,7	121,0	127,5	124,7	139,1	123,3	128,2	124,8
Quellen: Die Daten der Verwendungsrechnung, der Beschaeftigten, des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoeinkommens aus unselbststaendiger Arbeit (hier berechnet fuer Inlaender) basieren auf den vom Statistischen Bundesamt, die der Bruttolohn- und -gehaltsumme auf den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Quartalswerten. Die uebrigen Daten sind eigene Berechnungen auf Basis von Jahres- bzw. Halbjahreswerten des Statistischen Bundesamtes und des Instituts fuer Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt fuer Arbeit. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Faellen um erste vorlaeufige Berechnungen des DIW.												
1) Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbststaendiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1976=100.												

Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1981	1982	1981			1982				1983		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1976												
Arbeitsvolumen	-2,0	-1,8	-1,5	-1,6	-1,4	-2,0	-1,1	-2,2	-1,9	-1,4	-2,0	-1,9
Beschaeftigte	-0,6	-2,1	-0,4	-0,8	-1,4	-1,9	-2,0	-2,1	-2,3	-2,4	-2,4	-2,1
Produktivitaet	2,0	0,8	1,5	2,2	2,0	1,9	1,1	0,4	-0,2	0,6	2,4	3,2
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	-1,0	0,0	0,6	0,6	-0,1	0,0	-1,8	-2,1	-0,8	0,4	1,3
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	4,7	2,3	5,0	4,7	4,4	3,8	1,7	1,9	1,9	1,1	0,9	1,4
Bruttolohn-u.-geh.summe	4,3	2,1	4,4	4,3	3,9	3,6	1,5	1,8	1,5	0,8	0,7	1,1
Nettolohn-u.-geh.summe	3,8	0,8	4,1	3,7	3,3	2,3	0,2	1,0	-0,1	-0,2	0,1	0,2
Bruttoeink.a. Unt.u. Verm.	-1,2	6,2	-5,8	1,3	5,7	4,0	9,4	6,5	5,2	9,5	13,1	6,1
Ind. Steuern abz. Subv.	3,9	2,2	5,9	4,3	5,0	4,1	4,9	-0,2	0,5	3,8	-0,2	12,8
Abschreibungen	8,6	6,4	8,5	8,1	8,3	7,6	6,5	6,3	5,4	4,8	4,1	4,9
Bruttosozialprodukt	3,9	3,6	3,3	4,3	5,2	4,4	4,1	3,2	2,8	3,6	3,6	4,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	4,8	3,0	5,1	4,9	4,9	4,4	3,3	2,1	2,2	3,4	3,6	3,9
Oeffentlicher Verbrauch	6,8	2,2	4,4	5,9	5,5	3,2	2,1	1,4	2,3	1,2	1,8	2,7
Bauten	-0,3	-3,3	3,6	2,5	-2,4	-3,9	-5,4	-4,9	1,1	0,1	1,0	5,5
Ausruestungen	0,6	-2,7	1,0	0,7	-2,2	-3,2	-3,3	-4,4	-0,2	3,2	9,8	6,2
Vorratsveraenderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	15,2	8,0	11,1	19,9	24,4	17,2	12,2	3,1	1,4	-0,5	-1,4	-0,2
dar.: Waren	14,1	8,2	11,6	19,9	21,8	18,4	12,0	3,1	1,1	-1,4	-1,7	1,7
Abzuegl. Einfuhr	11,3	3,1	9,5	15,8	11,3	9,1	5,9	-1,2	-0,9	-4,3	-2,0	0,9
dar.: Waren	8,4	2,2	6,1	13,8	8,1	6,6	4,9	-1,8	-0,8	-3,6	0,0	4,1
Bruttosozialprodukt	3,9	3,6	3,3	4,3	5,2	4,4	4,1	3,2	2,8	3,6	3,6	4,0
Zu Preisen von 1976												
Privater Verbrauch	-1,2	-2,2	-0,5	-1,2	-1,6	-1,4	-2,0	-3,0	-2,5	-0,3	0,7	1,0
Oeffentlicher Verbrauch	1,6	-1,1	0,0	0,6	0,5	-1,3	0,1	-1,9	-1,3	-1,9	-0,3	-0,1
Bauten	-4,6	-4,5	-0,8	-1,4	-5,7	-7,1	-6,5	-5,6	0,7	0,0	0,7	4,0
Ausruestungen	-3,5	-6,6	-2,9	-2,9	-7,0	-7,4	-7,6	-8,4	-3,7	0,3	7,6	3,5
Vorratsveraenderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	8,7	3,7	5,2	12,3	17,4	11,1	7,2	-0,2	-2,3	-2,6	-2,2	-1,2
dar.: Waren	7,9	3,7	5,8	12,5	15,2	12,2	6,6	-0,3	-2,7	-3,5	-2,2	1,0
Abzuegl. Einfuhr	1,4	0,8	0,7	3,3	1,3	3,4	3,1	-1,1	-2,3	-4,3	-0,4	0,2
dar.: Waren	-1,8	0,2	-2,7	0,3	-2,2	0,8	2,2	-0,5	-1,7	-2,8	2,7	4,1
Bruttosozialprodukt	-0,4	-1,2	-0,5	0,2	0,5	-0,6	-0,2	-1,8	-2,0	-0,4	0,7	1,8
Preisentwicklung (1976=100)												
Privater Verbrauch	6,0	5,3	5,6	6,1	6,6	5,8	5,4	5,2	4,8	3,7	2,9	2,8
Oeffentlicher Verbrauch	5,2	3,4	4,4	5,3	5,0	4,5	2,0	3,4	3,6	3,1	2,1	2,9
Bauten	4,6	1,3	4,5	3,9	3,6	3,4	1,2	0,7	0,4	0,1	0,3	1,5
Ausruestungen	4,3	4,3	4,0	3,7	5,2	4,6	4,6	4,4	3,6	2,9	2,1	2,6
Ausfuhr	6,0	4,2	5,6	6,7	6,0	5,5	4,7	3,4	3,7	2,2	0,8	1,0
Einfuhr	9,8	2,3	8,8	12,1	9,9	5,5	2,7	-0,1	1,5	-0,1	-1,6	0,7
Nachr.: Terms of Trade	-3,5	1,9	-2,9	-4,8	-3,6	0,0	2,0	3,4	2,3	2,3	2,5	0,3
Bruttosozialprodukt	4,2	4,8	3,9	4,1	4,6	5,0	4,2	5,0	4,8	4,0	2,8	2,2
Nachrichtlich: Lohnstueckkosten 2)	4,8	3,4	5,0	4,1	3,8	4,0	1,7	3,8	4,1	1,9	0,6	0,1

Quellen: Die Daten der Verwendungsrechnung, der Beschaeftigten, des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoeinkommens aus unselbstaendiger Arbeit (hier berechnet fuer Inlaender) basieren auf den vom Statistischen Bundesamt, die der Bruttolohn- und -gehaltsumme auf den von der Deutschen Bundesbank veroeffentlichten Quartalswerten. Die uebrigen Daten sind eigene Berechnungen auf Basis von Jahres- bzw. Halbjahreswerten des Statistischen Bundesamtes und des Instituts fuer Arbeitsmarkt- und Berufsfor-schung der Bundesanstalt fuer Arbeit. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fael-len um erste vorlaeufige Berechnungen des DIW.

1) Veraenderung in vH gegenueber Vorjahr. - 2) Bruttoeinkommen aus unselbstaendiger Arbeit zu realem Brutto-inlandsprodukt; Index: 1976 = 100.

Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1980 IV	1981				1982				1983		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1976												
Arbeitsvolum. (Mill. Std.)	11510	11388	11432	11390	11325	11166	11302	11142	11103	11093	11030	10944
Beschaeft. (1000 Pers.)	22956	22930	22859	22759	22630	22485	22408	22289	22120	21974	21872	21808
Produktivitaet (DM)	27	28	28	28	28	28	28	28	28	28	29	29
Bruttoinlandspr. (Mrd. DM)	314	313	315	316	316	313	315	310	309	312	314	315
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) 3)												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	858	861	881	889	892	892	894	905	911	905	906	917
Bruttolohn-u.-geh.summe	700	702	716	722	725	725	726	735	737	734	734	743
Nettolohn-u.-geh.summe	493	495	504	505	508	505	504	510	507	507	506	511
Bruttoeink.a.Unt.u.Verm.	291	301	297	303	314	312	324	326	329	342	359	348
Ind. Steuern abz. Subv.	167	164	168	172	172	171	176	171	174	177	176	193
Abschreibungen	179	183	186	190	194	197	199	202	204	206	207	211
Bruttosozialprodukt	1495	1508	1533	1554	1572	1571	1592	1604	1618	1630	1649	1670
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, ausserdem arbeitstaeglich bereinigt (Mrd. DM) 3)												
Privater Verbrauch	848	852	870	881	889	888	898	899	910	921	928	934
Oeffentlicher Verbrauch	306	314	314	321	323	324	319	326	331	325	330	334
Bauten	210	206	216	212	202	200	201	201	205	203	203	213
Ausruestungen	131	130	129	129	127	126	124	124	126	130	136	131
Vorratsveraenderung	15	16	-2	-6	-7	6	12	16	-4	1	11	23
Ausfuhr	436	454	481	514	533	532	536	529	538	528	530	529
dar.: Waren	350	358	383	407	420	425	427	419	423	418	419	426
Abzuegl. Einfuhr	452	462	476	498	495	504	500	493	489	479	489	498
dar.: Waren	342	346	352	368	364	369	367	363	360	355	367	377
Bruttosozialprodukt	1495	1509	1532	1554	1571	1572	1591	1602	1617	1628	1648	1668
Zu Preisen von 1976; ausserdem arbeitstaeglich bereinigt (Mrd. DM) 3)												
Privater Verbrauch	713	703	706	704	701	695	693	683	682	694	694	691
Oeffentlicher Verbrauch	250	254	249	252	252	251	249	247	248	245	249	247
Bauten	156	152	157	153	145	143	144	144	146	145	144	150
Ausruestungen	115	113	111	109	106	105	102	101	101	105	109	104
Vorratsveraenderung	14	14	-3	-8	-5	3	12	10	-4	-1	12	21
Ausfuhr	370	381	396	416	428	423	421	415	416	410	413	411
dar.: Waren	300	304	320	334	342	342	338	332	331	328	330	336
Abzuegl. Einfuhr	359	359	358	363	363	371	367	360	353	352	362	361
dar.: Waren	272	269	265	267	266	271	269	266	260	262	274	277
Bruttosozialprodukt	1259	1257	1258	1262	1264	1250	1255	1240	1237	1247	1259	1263
Nachr.: kalendermonatl.	1259	1256	1259	1263	1264	1249	1257	1241	1238	1249	1261	1264
Preisentwicklung (1976=100)												
Privater Verbrauch	119	121	123	125	127	128	130	132	133	133	134	135
Oeffentlicher Verbrauch	122	124	126	128	128	129	128	132	133	133	132	135
Bauten	135	136	138	139	140	141	139	140	140	140	140	142
Ausruestungen	114	115	117	118	120	121	122	123	124	124	125	126
Ausfuhr	118	119	121	124	124	126	127	128	129	129	128	129
Einfuhr	126	129	133	137	136	136	136	137	139	136	135	138
Nachr.: Terms of Trade	94	93	91	90	91	93	93	93	93	94	95	93
Bruttosozialprodukt	119	120	122	123	124	126	127	129	130	131	131	132
Nachrichtlich: Lohnstueckkosten 2)	121	122	124	125	125	126	126	129	131	129	128	129

Quellen: Die Daten der Verwendungsrechnung, der Beschaeftigten, des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoeinkommens aus unselbstaendiger Arbeit (hier berechnet fuer Inlaender) basieren auf den vom Statistischen Bundesamt, die der Bruttolohn- und -gehaltsumme auf den von der Deutschen Bundesbank veroeffentlichten Quartalswerten. Die uebrigen Daten sind eigene Berechnungen auf Basis von Jahres- bzw. Halbjahreswerten des Statistischen Bundesamtes und des Instituts fuer Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt fuer Arbeit. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Faellen um erste vorlaeufige Berechnungen des DIW.

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. Die Ergebnisse wurden gerundet.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbstaendiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1976=100.- 3) Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1980 IV	1981				1982				1983		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1976												
Arbeitsvolumen	-1,0	-1,0	0,5	-0,5	-0,5	-1,5	1,0	-1,5	-0,5	0,0	-0,5	-1,0
Beschaeftigte	0,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-1,0	-0,5	-0,5	-0,5
Produktivitaet	0,5	1,0	0,0	0,5	0,5	0,5	-0,5	0,0	0,0	1,0	1,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	-1,0	0,5	-1,5	-0,5	1,0	1,0	0,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	1,0	0,5	2,5	1,0	0,5	0,0	0,5	1,0	0,5	-0,5	0,0	1,5
Bruttolohn-u.-geh.summe	1,0	0,5	2,0	1,0	0,5	0,0	0,0	1,0	0,5	-0,5	0,0	1,0
Nettolohn-u.-geh.summe	0,5	0,5	2,0	0,5	0,5	-0,5	0,0	1,0	-0,5	0,0	0,0	1,0
Bruttoeink.a.Unt.u.Verm.	-5,5	3,5	-1,0	2,0	3,5	-0,5	4,0	0,5	1,0	4,0	5,0	-3,0
Ind. Steuern abz. Subv.	4,0	-2,0	2,5	2,5	0,0	-1,0	3,0	-2,5	1,5	2,0	-1,0	9,5
Abschreibungen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,5	1,0	1,5	1,0	1,0	1,0	2,0
Bruttosozialprodukt	0,0	1,0	1,5	1,5	1,0	0,0	1,5	0,5	1,0	0,5	1,0	1,5
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, ausserdem arbeitstaeglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,5	0,5	2,0	1,5	1,0	0,0	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0	0,5
Deffentlicher Verbrauch	1,0	2,5	0,0	2,5	0,5	0,5	-1,5	2,0	2,0	-2,0	1,5	1,5
Bauten	0,5	-2,0	5,0	-2,0	-4,5	-1,0	1,0	0,0	1,5	-1,0	0,0	5,0
Ausruestungen	2,0	-0,5	-0,5	0,0	-1,5	-0,5	-2,0	0,0	1,5	3,0	4,5	-3,0
Vorratsveraenderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	2,0	4,0	6,0	7,0	3,5	0,0	0,5	-1,5	2,0	-2,0	0,5	0,0
dar.: Waren	2,5	2,5	7,0	6,5	3,0	1,0	0,5	-2,0	1,0	-1,5	0,5	1,5
Abzuegl. Einfuhr	5,5	2,5	3,0	5,0	-0,5	2,0	-1,0	-1,5	-0,5	-2,0	2,0	1,5
dar.: Waren	5,5	1,0	2,0	4,5	-1,0	1,5	-0,5	-1,0	-1,0	-1,5	3,5	3,0
Bruttosozialprodukt	0,0	1,0	1,5	1,5	1,0	0,0	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0	1,0
Zu Preisen von 1976; ausserdem arbeitstaeglich bereinigt												
Privater Verbrauch	-0,5	-1,5	0,5	-0,5	-0,5	-1,0	0,0	-1,5	0,0	1,5	0,0	-0,5
Deffentlicher Verbrauch	0,0	1,5	-2,0	1,0	0,0	0,0	-0,5	-1,0	0,5	-1,0	1,5	-1,0
Bauten	-0,5	-2,5	3,5	-2,5	-5,0	-1,0	1,0	0,0	1,5	-0,5	-0,5	3,5
Ausruestungen	1,5	-1,5	-2,0	-1,0	-3,0	-0,5	-3,5	-0,5	0,0	4,0	3,5	-4,0
Vorratsveraenderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	0,5	3,0	4,0	5,0	3,0	-1,0	-0,5	-1,5	0,5	-1,5	0,5	-0,5
dar.: Waren	0,5	1,5	5,0	4,5	2,5	0,0	-1,0	-2,0	-0,5	-1,0	0,5	2,0
Abzuegl. Einfuhr	2,0	0,0	-0,5	1,5	0,0	2,0	-1,0	-2,0	-2,0	-0,5	3,0	-0,5
dar.: Waren	1,5	-1,0	-1,5	0,5	-0,5	2,0	-0,5	-1,0	-2,5	1,0	4,5	1,0
Bruttosozialprodukt	-0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	-1,0	0,5	-1,0	-0,5	1,0	1,0	0,5
Nachr.: kalendermonatl.	-0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	-1,0	0,5	-1,5	0,0	1,0	1,0	0,5
Preisentwicklung (1976=100)												
Privater Verbrauch	1,0	2,0	1,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,5	1,0	0,0	0,5	1,0
Deffentlicher Verbrauch	1,0	1,0	1,5	1,5	0,5	1,0	-1,0	3,0	1,5	-0,5	0,0	2,5
Bauten	1,5	0,5	1,0	1,0	0,5	0,5	-1,0	0,5	0,5	0,0	0,0	1,0
Ausruestungen	0,5	1,0	1,0	1,0	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,5	1,0
Ausfuhr	2,0	1,0	2,0	2,0	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	-0,5	0,0	0,5
Einfuhr	3,0	2,5	3,0	3,5	-0,5	-0,5	0,0	1,0	1,0	-1,5	-0,5	2,0
Nachr.: Terms of Trade	-1,5	-1,0	-1,5	-1,5	1,5	1,5	1,0	0,0	0,0	1,5	0,5	-1,5
Bruttosozialprodukt	0,5	1,0	1,5	1,0	1,0	1,5	0,5	2,0	1,0	0,0	0,0	1,0
Nachrichtlich: Lohnstueckkosten 2)	1,5	0,5	2,0	0,5	0,5	1,0	-0,5	2,5	1,0	-1,5	-0,5	1,0

Quellen: Die Daten der Verwendungsrechnung, der Beschaeftigten, des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoeinkommens aus unselbstaendiger Arbeit (hier berechnet fuer Inlaender) basieren auf den vom Statistischen Bundesamt, die der Bruttolohn- und -gehaltsumme auf den von der Deutschen Bundesbank veroeffentlichten Quartalswerten. Die uebrigen Daten sind eigene Berechnungen auf Basis von Jahres- bzw. Halbjahreswerten des Statistischen Bundesamtes und des Instituts fuer Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt fuer Arbeit. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Faellen um erste vorlaeufige Berechnungen des DIW.

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. Veraenderung in vH gegenueber dem Vorquartal. Die Veraenderungsraten wurden gerundet. -2) Bruttoeinkommen aus unselbstaendiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1976 = 100.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,-.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,-.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,-.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,-.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger – dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr. 134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels. – Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,-.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Staatsverschuldung und Konsolidierung. Bearbeitet von Oskar de la Chevallerie.

Vorübergehend kein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.

Zuzüglich Versandkosten.

– Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot –